

Volkswacht

für Schlessen und Posen.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Die „Volkswacht“
erschint wöchentlich am Sonntag
abends mit der Zeitungs-Beilage
„Was und Wie“ und ist durch die
Expedition Neue Graupenhof 3
und durch den Verlag zu beziehen.
Preis pro Woche 2.15 Mk.
für 3 Monate 6.45 „
Durch die Post bezogen 8.45 „
Preis ins Haus monatlich 2.25 „
vierteljährlich 7.50 „

Wochenpreis beträgt 10
einmalige Postentgelte aber ohne
Raum für Briefe und Adressen
10 Bfg. unterhalb 1.00 Mk.
Postentgelte unter 1.00 Mk.
Arbeitsmarkt, Gehälter 25 „
Angebote, Wohn-
markt, Verträge und Verträge
Immobilien 25 Bfg.
Familien-Verträge 25 Bfg.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis zum 11 Uhr (Freitag)
in der Druckerei abgeben werden.

Fernsprecher:
Geschäftsstelle Nr. 1206.
Postfach-Adress Breslau Nr. 5857.

Fernsprecher:
Redaktion Nr. 811.
Postfach-Adress Breslau Nr. 5852.

Nr. 276.

Breslau, Donnerstag, den 4. Dezember 1919.

80. Jahrgang.

Die großen Steuern.

An der Quelle des Übels.

Berlin, 1. Dezember 1919.

Zeit Jahressfrist diskutiert man, wie wir aus der wirtschaftlichen Not herauskommen. Das Diskutieren ist überhaupt die starke Seite des deutschen Volkes. Jede Diskussion über die Ursachen unserer Notlage und die Mittel zur Abhilfe bleibt aber unfruchtbar, wenn sich aus ihr nicht ein gesunder Kern heraus kristallisiert, an dessen Verwirklichung gearbeitet wird. Unsere Diskussionen dürfen nicht den Kreislauf des Hundes gleichen, der bemüht ist, sich in den Schwanz zu beißen. Wir brauchen mehr Taten, weniger Worte.

Wir streiten über die Kohlennot und klagen an, wo nichts anzulagen ist. Wir erheben uns über das Sinken der Saluta und finden nicht die Quellen des Übels, die verstopft werden müssen. Wir reden über die angebliche Arbeitslosigkeit der Arbeitermassen und beklagen, daß uns die Rohstoffe fehlen, um sie ausreichend und lohnend beschäftigen zu können. Wir schimpfen über den Zusammenbruch des Eisenbahnwesens und finden nicht die Mittel, bessernd einzugreifen. Wir beklagen die erschreckende Wohnungsnot und die angebliche Untätigkeit der Behörden, ohne zu bedenken, daß die Regierung in 7 Monaten fast vergeblich 650 Millionen Mark aufgewendet hat, um der Wohnungsnot abzuhelfen. Wir erheben uns über die Lebensmittelsteuer, die auch nicht gemildert werden konnte durch den Aufwand von drei Milliarden Mark zur Verbilligung der Lebensmittel. Wir suchen durch fortgesetzte Lohnerhöhungen die Lage der Hand- und Kopfarbeiter zu bessern und erleben eine immer furchtbarere Betrümmung der Kaufkraft des Lohnes. Wir rollen aufs neue und unverdrossen den Stein des Sisyphus den Berg hinan, der uns immer wieder entgleitet und uns mit in die Tiefe reißt. Sind wir nicht in einem Labyrinth mit tausend Irrgängen, ohne den Faden der Ariadne zu finden.

Wir müssen endlich die wesentlichste Ursache alles wirtschaftlichen Elends finden und dann aber auch alle Energie darauf verwenden, diese Ursache zu beseitigen. Schulreform, Justizreform, Verwaltungsreform, Finanzreform, Reichswehrreform, das sind gewiß alles wichtige und unaufschiebbare Fragen. Aber sie sind weder einzeln noch zusammen das Wichtigste, das gelöst werden muß. Der Messias wird weder Hainisch, noch Erzberger, noch Schiffer, noch Kosske heißen. Die wirtschaftliche Gesundung leitet nur ein, wer die Möglichkeit schafft, die Erzeugung von Kohle, Stahl, Zement und Kali um ein Drittel zu steigern.

Unsere Rohstoffnot ist die Quelle alles wirtschaftlichen Elends. Geldwertverlust, Teuerung, Lebensmittelnot, Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, Verkehrs lähmung, Mangel und Schiebertum — alle ägyptischen Plagen, die uns heimgesucht haben, haben ihren Ausgangspunkt darin, daß der ungeliebte Krieg die Produktion von Kohle um die Hälfte, von Stahl und Eisen um Zweidrittel, von Zement und Ziegeln um Vierfünftel, von Kali um Zweifünftel gertrimmert hat. Wir sind kein geschlossener Handelsstaat. Wir müssen für 20 Millionen Menschen die Lebensmittel und für das ganze Volk die Kleidung im Ausland kaufen. Dazu fehlen uns heute die Zahlungsmittel. Im Frieden führten wir Waren im Werte von elf Milliarden Mark. Von dieser Einfuhrmenge waren acht Milliarden Mark Lebensmittel und Futtermittel. Wenn wir im Bereiche zu heute freiwillig einkaufen, so deshalb, weil wir die Einfuhrmenge nicht mit bedruckten Papiercheinen zu bezahlen brauchten, sondern eine Anleihe von zehn und eine halbe Milliarden Mark an Rohstoffen und Industrieerzeugnissen als zureichende Zahlungsmittel auf

den Weltmarkt warfen. Wir brauchen heute an Lebensmitteln, Futtermitteln und Textilien noch weit mehr vom Ausland und die notwendigen Zahlungsmittel fehlen uns; um die hat uns der Krieg gebracht. Diese Zahlungsmittel müssen wir wohl oder übel wieder schaffen, sonst hört unser Elend nicht mehr auf. Wir haben 20 Millionen Menschen mehr, als die ausgerechneten deutschen Vorkriegserträge ernähren können. Die Erzeugung von Stahl und Eisen, Zement und Ziegeln, von Kali und Stickstoff, von Ausfuhrartikeln aller Art können wir nur erheblich steigern, wenn wir die Kohle dazu haben.

Die Kohle ist der Sockel unserer wirtschaftlichen Zukunft. Der mißachtete Bergmann ist der Lotse unserer wirtschaftlichen und kulturellen Gesundung. Auf die Kohlenförderung hat der Krieg und sein Ausgang verhängnisvoll gewirkt. Zwar wird heute in den Bergrevieren genau so fleißig gearbeitet, wie vor dem Kriege. Aber die Bergwerke sind technisch heruntergekommen, die Menschen körperlich zerbrochen. Der furchtbare Friedensvertrag hat uns Lothringen mit 5 Millionen Tonnen Kohlen und 14 Millionen Tonnen Roheisen genommen; er hat uns auf 15 Jahre das Saarrevier und die Bergbaubezirke der Pfalz mit 14 Millionen Tonnen Kohle genommen und ferner einen Tribut von 21 Millionen Tonnen jährlicher Kohlenlieferung an die Entente-Länder auferlegt. Das sind 40 Millionen Tonnen Kohlen, die unserer Wirtschaft heute fehlen. Wenn wir bei der Volksabstimmung Oberschlesien nicht behaupten, gehen uns dort noch weitere 30 Millionen Tonnen Kohlen verloren. Dann sind wir am Ende, wenn es nicht gelingt, in den verbleibenden Kohlenrevieren Ertrag zu schaffen. Auch wenn uns Oberschlesien bleibt, brauchen wir zur wirtschaftlichen Gesundung 40 Millionen Tonnen Kohle mehr, um alle Arbeitskräfte in Deutschland zu beschäftigen, um eine Exportindustrie neu aufzubauen, die uns vollwertige Zahlungsmittel auf dem Auslandsmarkt schafft.

Es ist aber ein Trugschluß, anzunehmen, daß die Kohlenförderung wesentlich gesteigert werden kann, ohne eine starke Vermehrung der bergmännischen Belegschaften. Wir brauchen 50.000 Arbeiter mehr im Bergbau, als wir heute haben, wenn wir den Kohlenbedarf für die deutsche Wirtschaft decken wollen. Eine so starke Vermehrung der Belegschaften ist aber nicht möglich, ohne die Wohnungsfrage in den Bergbauerevieren zu lösen. Die sozialdemokratische Fraktion besaß sich bereits Ende Juli mit der Kohlenfrage und der Lösung des Wohnungsproblems im Bergbau, gelegentlich des Wechsels im Reichswirtschaftsministerium. Der neue Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt greift die Anregungen des Genossen Osterth auf und legt nun der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf vor, der die Kohlen- und Wohnungsfrage restlos lösen will.

Der Gesetzentwurf, der zunächst manchen Widerständen begegnete, plant die Schaffung von genossenschaftlichen Bergmanns-Heimstätten-Verbänden in den großen Stein- und Braunkohlenrevieren. Diese sollen örtliche Mietsgenossenschaften bilden, denen die Verwaltung und Vermittlung der Bergarbeiter-Heimstätten übertragen wird. Es sollen innerhalb weniger Jahre hunderttausend Einfamilienhäuser errichtet werden, unter Ausnützung aller Erfahrungen auf dem Gebiete des neuzeitlichen Städtebaus und des Siedlungswesens. Die Heimstätten sollen von Gartenland umgeben sein; die Verkehrsverbindlichkeiten, die Anschlußmöglichkeiten an die großen Netze der Wasser-, Gas- und Elektrizitätsversorgung, sollen berücksichtigt werden. Zur Lösung ihrer Aufgaben bekommen

die Heimstättenverbände, an welchen auch die Kommunalverbände und die Werkbesitzer beteiligt werden sollen, ein sehr weitgehendes Enteignungsrecht, sowohl hinsichtlich des zu bebauenden Siedlungsgebietes, als auch der notwendigen Baumaterialien. Die Verbände können auch bestehende Wohnungs- und Siedlungsanstalten, sowie Wohlfahrtseinrichtungen übernehmen und nötigenfalls enteignen. Kommt über die Verbilligung der zu enteignenden Objekte keine Einigung mit dem Besitzer zustande, so werden die Preise von einem Schiedsgericht festgesetzt, zu dem jede Partei einen Beisitzer, das zuständige Oberlandesgericht den Obmann ernannt. Bei der Preisbemessung darf ein Kriegszuwachs von 25% oder ein spekulativer Wertzuwachs nicht berücksichtigt werden. Die Grundlage der Preisfestsetzung sind also die Friedenswerte unter Zugrundelegung der Steuerkraften.

Die Durchführung des großzügigen Planes wird mindestens drei Milliarden Mark erfordern, die durch einen befristeten Kohlenpreiszuschlag von etwa 5 Mark auf jede Tonne (25% auf den Rentner) aufgebracht werden sollen, sobald das Ausland in starkem Maße zu den Lasten herangezogen wird. Ein Einfamilienhaus dürfte nach den vorgezeichneten Plänen etwa 22.000 bis 36.000 Mark kosten. Die erhöhten Baukosten werden aus der Kohlenanleihe gedeckt, die auch zur Verbilligung der Wohnungen herangezogen werden kann. Die Vergleiche können die Heimstätten auch als Eigentum erwerben zu etwa dem vierten Teil der Baukosten (Dauerwert), unter der Voraussetzung, daß sie dauernd im Bergbau bleiben und daß jede spekulative Veräußerung unterbleibt.

Rakische Bergarbeiter-Verfassungen sowie die Arbeiterkammern für den Ruhrbergbau sprachen sich für den Entwurf aus. Schwierigkeiten, die wegen der Art der Finanzierung im Kabinett entstanden sind, scheinen beigelegt zu sein. Hoffen wir, daß die Nationalversammlung das Geschick verabschiedet, denn es bringt die einzig mögliche Erlösung aus der Kohlennot und aus dem wirtschaftlichen Elend. Die Hilfe, die man dem Bergmann angeheißt, wird dem deutschen Volke tausendfältige Zinsen bringen.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 3. Dezember. Am Ministertisch: Eraberger.

Einige Gänge sind ein Danktelegramm vom Präsidenten der österreichischen Nationalversammlung anlässlich der deutschen Hilfsaktion. Das Schreiben wird vom Bunde mit Beifall entgegen genommen, ebenso ein in diesem Sinne gehaltenes der Reichsdeutschen in Oesterreich.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung eines Landessteuergesetzes.

So weit es sich bei der Finanzreform um eine Neugestaltung des Steuerwesens handelt, ist die unmittelbare Gegenwartsaufgabe eine dreifache: Eine quantitative, eine qualitative und eine distributive Aufgabe. Die quantitative Aufgabe besteht in der Ausführung der benötigten Milliarden. Die erste Voraussetzung für sie ist die finanzielle und wirtschaftliche Gesundung, deren Aufstufung die Vereinheitlichung des Eisenbahnwesens bilden wird. Eine wirkliche Reform hat eine entsprechende Gliederung des Steuerbedarfs zur Voraussetzung. Der Etat von 1919, der im wesentlichen noch immer ein Kriegsetat ist, wird um eine Entlastung in den Gesamtaufgaben von 2 1/2 Milliarden bringen. Die außerordentlichen Ausgaben betragen 41 Milliarden Mark, darunter eine einmalige Ausgabe von rund 2 Milliarden für Teuerungszuschläge, die nach der Beamtenbeförderungreform in mehr oder minder großem Umfang auf die fortlaufenden Ausgaben hinüberwechseln werden.

Die Besoldungsreform ist eine der wichtigsten Staatsaufgaben. Weniger beschließende Rufe, mehr ausführende Kräfte, weniger schwerfällige Anstaltenorgane und größere Flexibilität werden eine Lautforderung der Zukunft bilden. Wichtiger als die in Weimar bewilligten lautstarken Steuern von über 1000 Millionen sind die

beiden einmaligen Steuern: die außerordentliche Kriegszuschläge für 1917 und die Besteuerung des während des Krieges eingetragenen Vermögenszuwachs, die beide zusammen 12 Milliarden erbringen sollen. Da wir sobald wie möglich aus dem Schuldenmachen herauszukommen suchen müssen, bitte ich Sie, die angemessigen Steuererlässe baldmöglichst zu verabschieden.

Eine vollkommen exakte Übersicht über die Gestaltung der Ausgaben und Einnahmen in der nächsten Zukunft ist nicht möglich. Der Bedarf des Reiches ist für die letzten Jahre mit 17 1/2 Milliarden angelegt. Für die Deckung kommen in erster Linie

die direkten Steuern

in Betracht, die bis zur zulässigen Höchstgrenze ausgeschöpft werden müssen. In den in Weimar an einmahligen Vermögenssteuern bewilligten 12 Milliarden kommt jetzt das Reichsanleiher, das 45 Milliarden erbringen dürfte. Noch wichtiger für die Aufbringung des Steuerbedarfs ist die Einkommenbesteuerung. Im Abrechnungsstand wird man aus der Einkommensteuer zusätzlicher Besteuerung der Körperschaften für Reich, Länder und Gemeinden zusammen einen Betrag von acht Milliarden erzielen. Dazu sollen noch 24 Milliarden treten, als Ergebnis der Ertragssteuer, davon allein 14 Milliarden Kapitalertragsteuer. Da es gilt, eine Gesamtsumme von mindestens 21 bis 25 Milliarden Mark an Steuern aufzubringen,

muß stark zugegriffen werden.

Die bereits beschlossene Erbschaftsteuer soll 730 Millionen jährlich bringen, wovon rund 140 Millionen auf Einzelstaaten und Gemeinden entfallen.

Nach dieser Zusammenstellung würden sich demnach aus den direkten Steuern rund 15 Milliarden herausheben lassen, von denen 9% auf das Reich und 5% Milliarden auf Länder und Gemeinden entfallen würden.

Bei der indirekten Besteuerung würden sich bei dem bestmöglichen Ausbau des Zollwesens 1 bis 1 1/2 Milliarden Mark erzielen lassen, aus der Umsatzsteuer, dem Kern der direkten Besteuerung, insgesamt 4 Milliarden. Bei der Verbrauchssteuer würden notwendige Verbrauchssteuern mit 500 Millionen Mark belastet werden. In der dritten Gruppe hat sich die Kohlesteuer vorzugsweise entwickelt. Ihr Jahresertrag ist 2 Milliarden. In den Kohlen liegen große Reserven für die Gesamtwiedergutmachung. Unter den entscheidenden Gesichtspunkten ist das Braunkohlemonopol schon ausgebaut. Die Weinsteuer bringt gute Ergebnisse. Auch die Schaumweinsteuer, während des Krieges erhöht worden und die Tabaksteuer durch die Juli-Reform erledigt. Die Biersteuer muß ebenfalls entsprechend umgestaltet werden. Aus diesen Steuern können bei etwas weiterer Ausgestaltung 2 1/2 Milliarden gewonnen werden. Für die Verkehrssteuer ergibt sich unter Einzurechnung des Ertrages der Grundverkehrssteuer ein Ertrag von rund 1000 Millionen Mark. Die Erträge der indirekten Steuern und Zölle mit etwa 11 Milliarden Mark werden nur einkommen, wenn sich unser Wirtschaftsleben wieder besser entfaltet.

Von der gesamten Steuerlast sollen nahezu 60 Prozent auf reine direkte Steuern, aber nur 40 auf Zölle und indirekte Steuern entfallen. 75 Prozent des gesamten richtigen Steuerbedarfs sollen durch direkte Steuern aufgebracht werden, drittens von den besser stützenden Steuern des Volkes.

Schon von den ersten Tagen meiner Amtverwaltung an habe ich

die reichseligene Steuerverwaltung

angestrebt. Damit wird das Problem der Hebertragung von direkten Steuern auf das Reich gelöst. Reichsreform und Steuerreform werden in Zukunft das deutsche Volk zu einer festen Einheit zusammenschließen. Es bedeutet ein großes Opfer, auf das Erstwertvermögenrecht bei den großen direkten Steuern zu verzichten. Durch das Landessteuergesetz wird eine neue Veranlagung des Ertragsbereichs der Steuerachete zwischen Reich, Ländern und Gemeinden vorgezogen.

Bei planmäßiger Durchführung der Einkommenbesteuerung würden Länder und Gemeinden den fast genau so viel bekommen als der Einkommensteuer als die sämtlichen Steuern im Reich, Ländern und Gemeinden vor dem Kriege getragen haben. Unzutreffend ist, daß Länder und Gemeinden auf steuerlichem Gebiet nur noch sehr geringe Selbstständigkeit besitzen. Die Länder und Gemeinden werden infolge der Neuordnung viel größere Einkünfte aus Steuern haben, als sie aus ihrer in Konkurrenz mit der Reichsbesteuerung stehenden eigenen Steuererhebung hätten gewinnen können.

Die neue Steuerverteilung erzielt Länder und Gemeinden bis zu einem gewissen Grade zur Sparsamkeit. Eine vollständige Neuorganisation des Erhebungsapparats wird vorzunehmen.

die Bequemlichkeit der Steuerzahler

Es soll bei dieser Reform nicht vergessen werden. Es sind vor fast allen schweren Zeiten die an der Spitze der gesamten Bevölkerung dem Einzelnen die besten, auch bei den Steuerreform der

In der Natur ist die Arbeit die Arbeit die Arbeit... alle in die Arbeit spielen, die nur auf dem Feld der Gegenwart betätigt sein kann.

Abg. Beder (D. Vpt.) zur Geschäftsordnung: Wenn früher dem deutschen Volke so enorme Steuerlasten auferlegt wurden, so sind jetzt die Steuerlasten eine Denkschrift voraus, in der die Gründe dargelegt wurden.

Abg. Schütz-Bromberg (Dntil.) schlägt vor, an den nächsten zwei Tagen von der Beratung der Steuergeetze abzusehen, da bisher niemand in der Lage gewesen sei, sich mit den Gesetzentwürfen zu beschäftigen.

Abg. Scheidemann (Soz.) schlägt vor, den Donnerstag freizustellen zu lassen und am Freitag in die erste Beratung einzutreten.

Die Abgeordneten v. Pader (D.), Trimborn (Dntil.) und Beder (Deutschnat.) schlossen sich diesem Vorschlag an.

Nächste Sitzung Freitag, 1 Uhr: Fortsetzung der Beratung der Steuergeetze.

Frankreich gegen die Sicherheitswehr.

Berlin, 3. Dezember. Dem deutschen Vertreter in Paris ist folgende Note der alliierten und assoziierten Regierungen vom 1. Dezember zugegangen:

Alle heute eingegangenen Nachrichten belegen übereinstimmend, daß die deutsche Regierung seit einiger Zeit die Entwidlung ihrer militärischen Streitkräfte vorbereitet und verstärkt. Über der Reichswehr werden unter dem Namen Sicherheitspolizei stehende Streitkräfte geschaffen, die sämtliche Panzerwagen und den Wert aussergewöhnlicher militärischer Streitkräfte haben.

Die alliierten und assoziierten Regierungen machen schon jetzt darauf aufmerksam, daß diese dem Geiste und Wortlaut des Vertrages widersprechenden Maßnahmen als Abbruch der deutschen Regierung, den Vertrag nicht auszuführen, ausgelegt werden können.

Zu der Note wird offiziell folgendes bemerkt: Es ist nicht zutreffend, daß die deutsche Regierung die Entwidlung ihrer militärischen Streitkräfte vorbereitet.

gemeint bekannt, in vollem Gange. Daß die Central-Polizeibehörden der einzelnen Länder sich im Laufe des Jahres ansehnlich der berröhrlichen inneren Verhältnisse Deutschlands genügend haben, durch die Einrichtung von 'Sicherheitspolizei', 'Einwohnerwehren' und 'Heilichwilligen' besondere Einrichtungen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zu treffen, ist nicht nur ständig der Gegenstand der öffentlichen Erwähnung, sondern auch der Entzete bereits vor Monaten offiziell mitgeteilt worden.

Vollstimmung unter belgischer Regie.

Berlin, 3. Dezember. Dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Versailles ist am 12. November folgende Note zugegangen. Die Veröffentlichung hat sich verzögert, weil der Text zunächst verfaßelt hierher abermittelt worden war:

Paris, 10. November. Herr Präsident! In Beantwortung Ihres Briefes vom 3. Oktober betreffend die Frage von Euxen und Malmedy beehre ich mich, Sie davon in Kenntnis zu setzen, daß die Anlegung, die in diesem Schreiben gegeben wird, neben dem Buchstaben noch dem Geiste des Artikels 34 des Versailler Vertrages entspricht.

Es genügt, diesen Artikel zu lesen, um sofort darüber klar zu werden, daß es nicht die Absicht der alliierten und assoziierten Mächte gewesen ist, in Euxen und Malmedy eine Vollstimmung zu veranlassen, sondern die für Euxen oder Malmedy vorgesehenen sind, sondern daß es ihre Absicht war, den Bewohnern der in Frage kommenden Kreise, die einen den Wunsch haben sollten, daß ihr Heimatgebiet unter deutscher Herrschaft verbleibe, zu gestatten, ihrem Wunsch freien Ausdruck zu geben.

An dem Ansprechen, daß diese Antwort befristet ist, aufgesprochen, daß die im Artikel 34 vorgezeichnete Festsetzung zu organisieren werden soll, daß alle Sicherheiten für die völlige Freiheit der Abstimmung gegeben sein werden.

Der letzte Absatz des Artikels 34 trat übrigens Belgien die Verpflichtung auf, das Ergebnis der Vollstimmung zur Kenntnis des Völkerbundes zu bringen und dessen Entscheidung anzunehmen.

Hierzu wird offiziell bemerkt: In der Note der deutschen Delegation war ausdrücklich die mannigfachen Nutzen und Annehmlichkeiten des im Artikel 34 des Versailler Vertrages vorgesehenen Abstimmungsverfahrens hingewiesen worden.

Ich alle diese Mängel auch am Tage liegen - die alliierten und assoziierten Mächte ungenügend auf die Ausführungen der deutschen Note nicht zu fordern begnügen sich mit der Bemerkung, daß die Lösung der Frage, um die es sich hier handelt, Sache der Politik sei.

Preussische Landesversammlung.

Berlin, 3. Dezember. Am Regierungstisch. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Staatshaushaltes, Haushalt des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.

Es liegen eine Reihe von Anträgen des Staatshaushaltsausschusses und von Mitgliedern der Landesversammlung vor, darunter Anträge auf Ernennung von Regierungs- und Schulräten aus den Volksschulen, auf körperliche Erleichterung der Jugend, auf Beilegung der Ausnahmefälle gegen weibliche Beamte, auf Übertragung der Geschäfte der Kolonialpolitischen auf die Provinz, auf Verlegung von Schulen zur Arbeit für die weiblichen Schwestern, auf Lösung der Staatseinkünfte an Religionsgesellschaften.

Abg. Dr. Berndt (Dem.)

führt zu der dringenden förmlichen Antrage Dr. Friedberg aus: Unter dem 20. September hat der evangelische Oberkirchenrat den Entwurf eines Abtrages betr. einer außerordentlichen versammlung der Kirche vorgelegt.

Abg. Reinhardt (Dntil.)

Zur Verhandlung der förmlichen Antrage über die versammlungsmäßige Freiheit der Religionsgesellschaften. In den Artikeln 137, 138 und 173 der Reichsverfassung ist der Wille der Nationalversammlung über die zukünftige Gestaltung der Religionsgesellschaften ungewiss zu dem Ausdruck gekommen.

Grundzüge für die formenlose versammlungsmäßige evangelische Kirchenversammlung. Welche evangelische Volksteile sind darüber beunruhigt. Wir verlangen von der preussischen Regierung Schutz der versammlungsmäßigen Freiheit der Religionsgesellschaften und volle Handlungsfreiheit für die formenlose versammlungsmäßige evangelische Kirchenversammlung.

Abg. Frau Dr. Westphaler (Soz.)

Eine neue Einstellung der Parteien in veränderte Verhältnisse hat sich ergeben. Eine unendliche Macht freit von dem unteren Gesellschaftsförderer empor, um der Kulturentwicklung zu dienen. Die Lösung einer untergehenden Kultur erfolgt aus der eigenen Volkheit heraus. Das Volk selbst hat sich die Waffen für diesen Kampfe geschmiebet. Die Einheitschule soll nicht ein Aischel sein, der an den Rand des Vaches gespült wird, sondern eine Fahne, der das ganze Volk begeistert folgt.

Abg. Dr. Lankner (Soz.)

Herr Adolf Hoffmann hat dem Kultusministerium den Namen für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung gegeben. (Große Heiterkeit.) Es ist befremdlich, daß die Volksbildung an die letzte Stelle gesetzt hat. Die geistlichen Angelegenheiten fehlen in dem Namen. Wir werden in Zukunft ein Kultusministerium ohne Kultus haben.

Der Goldkäser.

Von Edgar Allan Poe.

"Wah! der Käser, hatte? Re, it will lewrt be Käser toleben later - halen Se em man fähen." Darauf fand Regrand mit ernst, feierlicher Miene auf und holte mir den Käser aus einem Glasfassen, worin er eingeschlossen war.

"Du irrst dich," fiel er ein, "ich fühlte mich so wohl, wie ich es bei meiner Aufregung nur erwarten kann. Wenn du mir tatsächlich wohl willst, wirst du diese Aufregung heiligen."

seines Herrn kommen zu lassen, als aus überfließendem Eifer der Engenommenen. Sein Gesicht sah ganz verblissen aus, und "de verdammte Käser" waren die einzigen Worte, die in Lippen während des Marches anflohen.

hieren und in vielen Fällen nur durch den Haß der Wäme, gegen die sie sich lehten, gehindert wurden, sich in die Täler tief unten zu fügen. Tiefe Vernichtungen, die nach verbliebenen Richtungen ließen, gaben dem Blick ein noch feierlicher melancholisches Ansehen.

Parteiung der U. S. P.

In der gestrigen Sitzung des Unabhängigen...

Hierauf nahm der Korreferent Graf...

Die Träger der Revolution sind nicht als...

Stadtdirektor Dr. Seeger sprach...

In der Nachmittag-Debatte sprach...

Silberding erwartet die Einigung...

Der Prozeß Marloh.

Berlin, 3. Dezember.

Die Verhandlung gegen Oberleutnant...

noch Mariah Abendrot wirkten so...

Lobe-Theater.

Eine Frau ohne Bedeutung.

Es ist noch ein Stück aus jener Zeit...

Die Anklage beschuldigt Oberleutnant...

Der Angeklagte Marloh erklärte...

Der Vorsitzende meldet ein, daß dies...

Der Vorsitzende befragt Marloh, ob...

Der Vorsitzende versucht, Marloh...

In diesem Augenblick kam Hauptmann...

Der Vorsitzende stellt Johann fest...

Arrechte auf keinen durch Unfall...

Arrechte auf keinen durch Unfall...

Der Abend war ein Erfolg fürs Theater...

Thalia-Theater.

wurde Marloh verurteilt, daß er...

Das Gutachten des medizinischen...

Die Verhandlung wurde auf Donnerstag...

Bereinskalender.

Berlin, 3. Dezember. 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus...

Schönstes Weihnachtsgeschenk. 14 far Gold-Double-Drill-Run-Stromer...

Lorgnetten - Knetter. 27 28 als Weihnachtsgeschenk.

Es gehörten nicht viele Jahre dazu, um...

Abg. Dr. Nade (Dcm.): Das interessanteste an diesem Etat ist...

Abg. Dr. Klingemann (Dchnat.): Das alte Band zwischen Staat und Kirche...

Kultusminister Hanisch: Einzelheiten zu beanworten, wird sich...

Abg. Dr. Vorlich (D. Vpt.): Unsere Stellungnahme zum Ministerium...

Abg. Fretke (Dcnstf.-Hannoveraner): Wir...

Abg. Michert (D. Vpt.): Ich spreche für...

Abg. Fretke (Dcnstf.-Hannoveraner): Wir...

Stadt-Theater.

Bohngrün. - Schauspiel Walter Fabre. Am Dienstag führte der Schwan...

Breslauer Nachrichten.

Dresden, den 4. Dezember.

Treten wir der Einwohnerwehr bei?

Dieses aktuelle Thema wird in den nächsten Distriktsversammlungen am Montag, den 8. Dezember, behandelt werden. Das ist wohl die uns zur Zeit am meisten beschäftigende Frage: Dürfen wir noch länger den Nationalisten für eine monarchistische Gewaltspolitik latentlos zusehen? Ist es nicht vielmehr unsere Pflicht, den reaktionären Ausschüssen eine Macht von Anhängern der republikanischen Staatsform als

Verteidiger der Freiheit gegenüber zu stellen? Es wird deshalb erwartet, daß die Distriktsversammlungen am Montag von allen Parteimitgliedern recht zahlreich besucht werden. Nähere Bekanntmachung erfolgt noch.

Die Redner der nächsten Distrikts-Abende werden wir in Kenntnis, daß auf Wunsch vieler Genossen das Vortragsthema geändert worden ist und sie werden werden, über die Einwohnerwehr zu sprechen. Material geht bis heute zu.

Große Butter-Bezugshin-Fälschungen

an denen ein kürzlich plötzlich verstorbenen Breslauer Butter-Engros-Händler nicht unbeteiligt sein soll, ist man in der hiesigen Butter-Verteilungsstelle auf die Spur gekommen. Der eigentliche Täter ist ein Magistrats-Bureauhilfsarbeiter Wilhelm Wiesner, Siebenhufenerstraße 48 wohnhaft. Wiesner hat die sogenannten Wochen-Ausweise, die den Butterhändlern in den Brotmarken-Ausgabe-stellen als Empfangsbescheinigung über die abgelesenen Buttermarken ausgestellt werden, und auf welche dann die Belieferung mit Butter und Margarine durch die Engros-Händler erfolgt, auf einen fingierten Namen Kurjawa gefälscht. Mit den gefälschten Scheinen hat er dann durch die Vermittlung einer Butterhändlerin von der Siebenhufenerstraße von dem oben erwähnten Buttergroßhändler Butter, Margarine und Speisefett bezogen. Die auf diese Weise erlangte Butter u. s. w. hat Wiesner dann wieder an andere Leute auch Wädemeistern, zum Preise von 10-15 Mark weiter verkauft. Es sollen ganz erhebliche Quantitäten sein, die Wiesner auf diese Weise in der Zeit vom April bis zum Tage der Feststellung seiner Betrügereien (Mitte November) in seinen Besitz brachte. Man spricht von fast 700 Pfund Butter, 350 Pfund Margarine und 100 Pfund Bratfett.

Die Betrügereien wurden entdeckt, als Wiesner einer anderen Dienststelle zur Arbeitsleistung überwiesen wurde. Der Magistrat hat Wiesner sofort entlassen und Strafantrag gestellt. Ob, wie behauptet wird, noch andere Personen aus der Butter-Verteilungsstelle daran beteiligt sind, steht noch nicht fest. Jedenfalls wird die sofort eingeleitete Untersuchung und das im Gange befindliche Strafverfahren noch näheres darüber zeitigen. Im Interesse der Allgemeinheit muß verlangt werden, daß auch in dieser Amtsstelle die Kontrolle erheblich verschärft wird. Der hohe Preis, der für Schleichhandelsbutter bezahlt wird, reizt einfach dazu.

Professor Schoenich, die Freie Schulgemeinde und die Jugend

In der Schief. Btg. Nr. 542 vom 2. Nov. veröffentlicht Professor Schoenich anlässlich des Wynekens-Vortrags am 12. Dezember einen längeren Artikel: „Die Freie Schulgemeinde“, der aus grundsätzlichen Bedenken nicht unwiderprochen bleiben soll. Der Verfasser des Artikels hat offenbar Wynekens Broschüre „Der Gedankenkreis der Freien Schulgemeinde“ (Verlag Dieckmann-Jena) gelesen und gibt einen von gelegentlichen Mißverständnissen und Zitierräumen abgesehen richtigen Bericht über den Inhalt dieses Büchleins. Aber schon im Bericht selbst und noch mehr in der kritischen Betrachtung von Wynekens Gedanken kommt dann doch der Schulmann der konventionellen Schule und der deutschnationalen Parteimann zum Vorschein. Und das Ergebnis ist nicht zweifelhaft: Schoenich kommt zu einer scharfen Ablehnung Wynekens. Dies ist nicht verwunderlich, so es ist bei der Aufgabe, daß die Gedanken Wynekens unter politischem Gesichtspunkt beurteilt werden, fast selbstverständlich. Denn Wynekens ist ein ganz unpolitischer Mann, lediglich Erzieher. Er sucht nicht eine Schulreform zu machen durch größere oder kleinere Verbesserungen des herkömmlichen Schulwesens, sondern er will die Erziehung von Grund auf neu schaffen, neu denken aus dem Wesen der Kultur heraus und aus der soziologischen Stellung der Schule innerhalb der Kultur. Also nicht Schulreform, sondern Schulrevolution, Neuschöpfung nicht

aus den gegenwärtigen zufälligen Verhältnissen, sondern gemäß dem Einzelfallenden. Hierin nun berührt sich Wynekens Einstellung mit derjenigen der Jugend, deren einseitiger Wert ja gerade darin besteht, daß sie noch nicht in die Konvention, die Urteile und Vorurteile der älteren Generation, in die Interessengegensätze des Kampfes um das Dasein eingepaßt ist, sondern sich beruht in den Dienst von ewigen Gedanken stellt, der Freiheit, der Wahrheit, der Gerechtigkeit und der Liebe.

Wynekens Idee der Freien Schulgemeinde nammt aus der Erkenntnis, daß die Schule jugendgemäß sein und doch den Anforderungen der Kultur entsprechen müsse.

Darum wird die Jugend zu Wynekens stehen. Und wenn noch so viel Professoren und Sachverständige und Gelehrte und Politiker aller Richtungen kommen und fordern, die Jugend möge „sich rühren und schämen vor die altverehrten Erziehungsmächte, Schule und Familie“ treten, so wird die Jugend dennoch wissen, daß diese „altverehrten Erziehungsmächte“ ihr zwar Moral predigen aber zugleich den Zwiespalt zwischen dem, was sie predigen und dem, was sie selber tun, nur allzu deutlich vorleben. Die Jugend wird ganz unpolitisch agieren was sie von der Schule fordert: sie sei das Heim der Jugend, die Stätte der lebendigen Gemeinschaft der Jugend mit ihren Führern. Die Jugend wird mit diesen ihren Forderungen vor die Gesellschaft treten und ihre Erfüllung fordern. Und wenn die Gesellschaft oder Teile von ihr („Parteien“) der Jugend erwidern: „Dies Ideal ist in unserer Gesellschaftsordnung praktisch nicht durchführbar“, dann wird die Jugend ebenso unpolitisch, nur geleitet von ihrer sittlichen Erkenntnis, völlig unbeteiligt und konsequent erklären: „Dann schafft uns die Gesellschaftsordnung, die die Erfüllung unserer Forderungen ermöglicht.“

Wohnungs-Kommissar und Kriegsmietamt.

In weiten Kreisen der Bevölkerung herrscht vielfach noch Unklarheit darüber, welche Miet- und Wohnungsangelegenheiten zur Zuständigkeit des Wohnungs-Kommissars, und welche zur Zuständigkeit des Kriegsmietamts gehören. Es sei deshalb auf folgendes hingewiesen. Zur Zuständigkeit des Wohnungs-Kommissars gehören:

- Anmeldung von freiverwendenden sowie leer stehenden Wohnungen;
- Beschlagnahme von Wohnungen und Wohnungsteilen;
- Entgegennahme von Anträgen der Vermieter auf Genehmigung der Vollziehung von bis 1. Oktober 1919 veränderten Mietverträgen;
- Entgegennahme von Anträgen der Mieter auf Ausschub der Vollziehung bei Mietverträgen, die seit 1. Oktober 1919 veränderte sind;
- Genehmigung von neuen Mietverträgen;
- Genehmigung von Mieterhöhungen mit alten Mietern;
- Ausfertigung in allen Wohnungsangelegenheiten (nicht Mietangelegenheiten);
- Wohnungsbesuch;
- Wohnungsschlüssel;
- Zur Zuständigkeit des Kriegsmietamts gehören:
- Entgegennahme von Anträgen der Vermieter auf Erteilung der vorherigen Zustimmung zur Kündigung;
- Entgegennahme von Anträgen der Vermieter auf Erteilung der Zustimmung zum Ablauf eines ohne Kündigung abgelaufenen Mietverhältnisses;
- Entgegennahme von Anträgen der Vermieter auf Erhöhung des Mietzinses auf Grund der Verordnung über die Einwirkung der Höchstpreise auf Mietverhältnisse vom 22. Juni 1919;
- Entgegennahme von Beschwerden gegen Entscheidungen des Wohnungs-Kommissars, welche betreffen:

- a) Veräußerung der Zustimmung zu einem neuen Mietvertrage;
- b) Veräußerung der Zustimmung zu einer Preis-Regulierung des alten Mieters;
- Entgegennahme von Anträgen auf Herabsetzung des Mietzinses bis zum Ablauf zweier Wochen nach Abschluß des Vertrages (es muß also ein Vertrag vorliegen);
- Entgegennahme von Anträgen des Mieters auf Unwirksamklärung einer Kündigung des Vermieters;
- Ausfertigung in allen Mieterangelegenheiten (nicht Wohnungsangelegenheiten).

Zur Minderung der Wohnungsnot.

Die gemeinschaftliche Sitzung der Ausschüsse II und V der Stadtverordneten-Versammlung, die am Dienstag abend stattfand und in der neben der Magistratsvorlage über Bereitstellung weiterer 400 000 Mark für die Beweise des Wohnungs-Kommissariats, die in der letzten Stadtverordneten-Versammlung gestellten Zusatzanträge zur Beratung standen, gab Gelegenheit zu eingehender Erörterung aller mit der Wohnungsnot und ihrer Bekämpfung zusammenhängenden Fragen. U. a. sei aus den Ausführungen des Wohnungs-Kommissars hervorgegangen, daß nach der letzten Zählung in Breslau insgesamt 142 000 Wohnungen vorhanden waren, von denen nicht weniger als 102 000 Kleinwohnungen von höchstens 2 Stuben und Küche sind, während nur je 4 000 Wohnungen aus 3 und aus 4 und mehr Zimmern bestehen. Ferner ist erwähnenswert, daß nach Angaben des Wohnungs-Kommissars unter den 14 000 Wohnungen sich

blidlich 531 Fälle bearbeitet, von denen 180 vorangewiesene Kündigungen betreffen. In der Ausprache kamen alle in letzter Zeit wiederholt vorgebrachten Beschwerden zur Erörterung und wurde auch die Frage nach den Befugnissen des Wohnungs-Kommissars gestreift. Hierzu führte der Rechtsbeistand des Wohnungs-Kommissars aus, daß eine Ermächtigung eingeholt und auch bereits erteilt worden sei, demnach jeder freiverwendende Wohnung dem Wohnungs-Kommissar anzuzeigen ist, der sich binnen Wochensfrist über ihre Verwendbarkeit äußern muß, widrigenfalls freihändige Vermietung eintritt. Des weiteren wurden die dem Rechtsbeistand der Mieter und Vermieter betreffenden Bestimmungen u. a. m. besprochen, worauf die Magistratsvorlage zur Annahme gelangte. Angenommen wurden ferner der Antrag der Genossen Wiener auf

Genehmigung von 100 Millionen Mark aus Reichsmitteln zum Bau von Klein- und Mietwohnungen, sowie der Antrag des Genossen Stope auf Erlass eines Volksgesetzes, betr. Erweiterung der Befugnisse des Wohnungs-Kommissars.

Endlich wurde beschlossen, dem Antrag Djalas auf Veränderung der Bauvorschriften vom 10. Mai 1908 beim Magistrat zur näheren Prüfung in der Richtung zu überweisen, ob und welche Änderungen der Bauvorschriften nötig wären, um eine Minderung der Wohnungsnot herbeizuführen.

Helft unseren Kriegsverletzten!

Und wird geschrieben: Ob man sich auf in den Tagelöhner gehen, viele haben ihn vernommen, die helfen können, doch nur wenige haben geholfen. Alle Arbeitergeber sind moralisch verpflichtet, den Volksgenossen, die sich für uns geopfert haben, Arbeit zu verschaffen und zwar solche, die sie leisten können. Vielfach aber sind sie in Stellung, die sehr leicht von einem Kriegsbeschädigten ausgefüllt werden könnten. Heute beschäftigt, die zu anderer, schwererer Arbeit tauglich sind. Hauptächlich trifft dies zu bei den hiesigen Kinos, die sehr bequem Kriegsverletzte beschäftigen können. Doch es kommt vor, daß männliche Personen vormittags ihrem eigentlichen Beruf nachgehen, nachmittags aber noch den Dienst in den Kinos versehen. Im D. R. Lichtspiel-Theater sollen solche Fälle schon bestehen. Vielleicht bemerkt dieser Artikel, daß da eine Minderung eintritt.

Arbeitgeber, Anwesiger! Macht Ernst und helft unseren Kriegsverletzten.

Forderungen arbeitsloser Bädergehilfen.

Am 28. v. Mts. fand in der Borse eine Versammlung der arbeitslosen Bädergehilfen Breslaus statt. Die Versammlung war von etwa 80 Mann besucht, welche dringende Forderungen der Arbeitsvermittlung und freiere Durchführung der Bestimmungen des Fachanschlusses sowie des Demobilisationsgesetzes forderten. Es wurde seitens des Gewerkschaftsrates mitgeteilt, daß von 300 kontrollierten Betrieben über 40 Betriebe sind, die dem Blommen des Fachanschlusses und der Anweisung nicht nachkommen und auf Grund dessen 45 Bädergehilfen mehr arbeitslos sind. Von den Anwesenden wurde die Errichtung einer Lohnausgleichsstelle gefordert, um so die Minderungen der Bädermeister zu durchdringen. Folgende Resolution gelangte zur Annahme: Die heutige Arbeitslosenversammlung beauftragt den Gewerkschaftsrat im Verein mit dem Verband der Bäder, den Magistrat zu ersuchen, die Errichtung einer Lohnausgleichsstelle zu ordern. Die Vereinbarungen zwischen Anweisung und Fachanschluß müssen strikte befolgt werden, den Arbeitgebern, welche dieses Abkommen nicht halten, ist der Betrieb zu schließen. Ferner fordern die Bädergehilfen vom Demobilisationsgesetz, die Betriebe wegen der Bestimmungen für Ortsfremde, Berufsfremde und Nichterwerbsbedürftige genau zu kontrollieren.

Verkehrswünsche.

Der Magistrat - Verkehrsamt - schreibt uns: Angehts der großen Erschwernisse des Verkehrs, die der zur Zeit bestehende Fahrplan für das Fußgänger bringen, haben wir uns an die Eisenbahndirektion Breslau mit der Bitte gewendet, alle unnötigen Gärten zu beseitigen. Vor allem haben wir gebeten, daß durchgehende Tageszüge nach Berlin und Dresden geschaffen werden. Nach Berlin kann man heute die Züge benutzen, die um 6,21 früh und um 11,42 vormittags von Breslau abgehen. Man kommt mit diesen und den Anschlußzügen in Berlin um 4,19 nachmittags bzw. 11,05 abends an. Wir haben die Eisenbahndirektion Breslau gebeten, mindestens einen dieser Züge durchlaufen zu lassen. Von Berlin nach Breslau ist die Tageszugverbindung ungenügender, es geht dort zwar um 6,35 früh von Bahnhof Charlottenburg ein Zug in der Richtung Breslau ab, und man kommt mit Umsteigen um 8,22 abends in Breslau an. Ein weiterer Zug soll Bahnungsnachrichten zufolge um 1,29 nachmittags von Charlottenburg abgehen, dieser Zug soll aber in Sommerfeld eubden. Ein dritter Zug soll um 4,25 nachmittags von Charlottenburg abgehen; dieser Zug endet ebenfalls in Sommerfeld. Es verkehren weiter von Berlin die jahresplanmäßigen Nachzüge als Gegenzüge der Nachzüge, die von Breslau abgehen. Wir haben der Eisenbahndirektion Breslau vorgeschlagen, entweder den Zug, der 6,35 früh von Charlottenburg abgeht, zu einem durchgehenden zu machen, oder besser noch, den Zug, der um 1,29 nachmittags von Charlottenburg abfährt, bis Breslau durchzuführen, weil in diesem Falle der Reisende die Möglichkeit hat, in Berlin vormittags seinen Geschäftsgang nachzugehen.

Ferner haben wir die Eisenbahndirektion Breslau gebeten, einen durchgehenden Tageszug nach Dresden zu schaffen, und zwar

mit Benutzung des Juges, der um 11,42 vormittags in Breslau abgeht. Außerdem haben wir die Eisenbahndirektion noch gebeten, die für den Sonntagsverkehr ursprünglich vorgesehenen Züge, die Schnellzüge nach Dresden und die Fernzüge nach Berlin und von Dbereschleien, wie den Nachpersonenzug nach Berlin und weiter durchgehende Tagespersonenzüge nach und von Berlin und Dresden auch Sonntags verkehren zu lassen.

Die Anträge haben wir zum Teil unter Mitwirkung des Schlesischen Verkehrsverbandes gestellt und wir hoffen, daß die erbetene Erbhilfe im Interesse des Publikums möglichst bald eintritt.

Schmiergelder bei der Kriegsleiter K. S.

Nach breittägiger Verhandlung sollte die siebenste Strafkammer des Landgerichts I Berlin das Urteil in dem Schmiergelderprozess gegen den früheren Direktor Hermann Holtzhaus der Kriegsleiter K. S. Infolge Strafantrags des Vereins gegen das Rechnungswesen, Ely Berlin, waren außer Holtzhaus noch 28 Leberfabrikanten angeklagt worden. Leber konnten durch die Amnestie der Volksbeauftragten nur drei Leberfabrikanten abgerichtet werden. Das Gericht stellte fest, daß Holtzhaus bei der Verteilung der Güter eine Reihe von Leberfabrikanten erheblich bevorzugt habe. Dafür seien ihm über 200 000 Mark zugeflossen. Diese Zuwendungen seien aber präfabrierte Schmiergelder. Trotz allem habe Holtzhaus aber nach dem eblischen Zeugnis des Ausschittatsvorsitzenden Staatsministers a. D. von Möller eine für die Kriegswirtschaft „sehr nützbringende Tätigkeit entfaltet“. (Das glauben wir auch! Red.) Dies wurde vom Gericht in weitestgehendem Maße zu seinen Gunsten berücksichtigt und Holtzhaus wurde zu der nach dem Gesetz zulässigen höchsten Geldstrafe von 6000 Mark verurteilt. Die mitangeklagten Leberfabrikanten Wilhelm Feldmann in Berlin und Jacob Victor I in Heilbronn wurden zu 2000 Mark Geldstrafe und der Werbereiher Christian Schaefer in Plamersheim zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt. Die von diesen Personen an Holtzhaus gezahlten Schmiergelder in Höhe von 16 280 Mark wurden dem Staat verfallen erklärt. In Wirklichkeit hat Holtzhaus aber 200 000 Mark Schmiergelder erhalten. Auf dessen Verklagnahme der Kriegsleiter gegen das Rechnungswesen geht weiter folgt: - Kein Wunder, wenn die Leberpreise so unendlich in die Höhe gegangen sind.

Die thälischen Preisverhöhrungen! Gent wird gemeldet: Der Verband deutscher Arbeiter und der Verband deutscher Patentfachleute in Hannover erhöhen die Grundpreise für Pastachen um 100 Mark für 100 Kilogramm. - Der Werkbund Eisenhandelsverband erhöht die Preise für Eisen Grobbleche, Bandbleche, Sandbleche und. - Von der Handelskammer-Berechnung Düsseldorf sind die Preise so erhöht worden, daß der Teuerungszuschlag nunmehr 800 Prozent beträgt. - So geht es jeden Tag. Wie lange soll diese Preissteigerung noch dauern?

Ausländisches Getreidemehl. Nach der Bekanntmachung des Reichsrats an den Anschlagläuten soll auf die Lebensmittelkarte Nr. 11 in der Zeit vom 4. Dezember bis 8. Dezember 1919 1/2 Pfund Mehl dem Verbrauch zur Verfügung werden. Soweit die Vorräte zur Deckung mit Weizenmehl nicht ausreichen, sind die Verkaufsstellen ermächtigt, ausländisches Getreidemehl unter den gleichen Bedingungen anzugeben.

Die Hotelgeschäfte blühen! Vom Reichshotel auf dem Tauentzienplatz, das einer Mietsgesellschaft gehört, wird gemeldet, im abgelaufenen Geschäftsjahr waren dauernd alle Zimmer verpachtet; ebenso war das Kaffeehausbetrieb erheblich gehöhrt als im Vorjahr. Der Reinerwerb beträgt trotz hoher Unkosten 131 004 Mk.; im vorigen Jahre betrug er 122 945 Mk. Die Aktionäre bekommen 4 Prozent Dividende.

Rein gemahlter Bohnenkaffee. Die Wirtschaftsstelle des Kaffee-Einliefer-Vereins weist erneut darauf hin, daß nach den Bedingungen, welche an alle von ihr erteilten Einfuhrbewilligungen geknüpft werden, Bohnenkaffee in Mischungen mit Ersatzstoffen nicht verkauft werden darf. Solche Mischungen würden als Kaffeeersatzmittel gelten, sobald ihr Verkauf zu höheren als den niedrigsten Höchstpreisen (1,16 Mk. bzw. 1,12 Mk. für ein Pfund im Kleinhandel) strafbar wäre. Zuwiderhandlungen sind bestraft und werden strafrechtlich verfolgt.

Rein Schlichthandel. Zu der unter dieser Ueberschrift gedachten Gerichtsverhandlung teil Frau Rauchberger mit, daß sie entgegen den in der Verhandlung aufgestellten Behauptungen weder von ihrem Mann geschieden ist, noch die Anzeige gegen ihn erstattet habe.

2 000 Mark Belohnung. Aus dem Lagerkeller Hohenzollernstraße 28 sind 17 000 Bigaretten gestohlen worden. Meldungen nach Polig-Präf.-Zimmer 59. Auf die Wiederbeschaffung der Ware ist obige Belohnung ausgesetzt. (Näheres siehe Inserat.)

Der nach Brasilien. Der Postschiff für holländische Dampfer nach Brasilien ist am 1. d. Mts. am 8. d. Mts. mittags, um 6.-10. d. Mts. Brasilien-Platz in Frankfurt a. M. Der Postschiff mit Litau ist eingetroffen.

Wohnungsverhältnisse der Gewerkschaften. Durch die Breslauer Volksliste sind in der Woche vom 23. bis 29. November 1919 21 Personen wegen Wohnungsverhältnissen in die Liste eingetragen worden. 21 wegen unzureichender Wohnungsverhältnisse, 1 wegen unzureichender Einkünfte, 7 wegen unzureichender Wohnungsverhältnisse, 1 wegen unzureichender Einkünfte, 1 wegen unzureichender Wohnungsverhältnisse, 1 wegen unzureichender Einkünfte, 1 wegen unzureichender Wohnungsverhältnisse, 1 wegen unzureichender Einkünfte.

So leben Sie.

Die „Schleife Tagespost“ glänzte vor einigen Tagen etwas ganz Besonderes ausgegeben zu haben, als sie ihren Lesern den Speisefest des Breslauer Gewerkschaftshauses aus der Fortkings-Partei darauf veröffentlicht und sich heute in der Lage, ein nicht etwa aus der Fortkings-Partei, sondern vom 25. November dieses Jahres stammendes Speisefest zu veröffentlichen, dessen Inhalt bei der Hochzeit eines Herrn Schöbel in Stuben, Kreis Wohlau, den Weg aller Arbeiterschaft, obwohl bekanntlich nichts in haben ist, heißt es da in der Speisefolge:

Speisefolge mit Einlage — Gemüse mit Koteletts — Entenbraten — Hühner mit Butter und Nennulade — Schweinebraten — Gänse in Pfeffer — Hasenbraten — Rumpst — Eis — Kaffee, Torten — Kaltes Dessert.

Die vorerwähnte Aufmachung der Speisefolge gibt uns Gen. Hr. daß die Teilnehmer an jenem Speisefest sich aus Leuten zusammensetzten, deren Vorkommen sicher die „Schleife Tagespost“ ist. Es steht diesen Verhältnissen wirklich nur aus Wasser und Wein bestehen hat. Doch aber heute die letztgenannten Gemüse so ziemlich das Einmaleins der Arbeiter-Mittelschicht sind, ist ihnen Kriegsvorbereitern zu danken, denen die „Schleife Tagespost“ einige Speisefolgen genossen ist.

Die hohen Schuhpreise.

Die in den letzten Tagen Gegenstand von Erörterungen der interessierten Kreise, sowie der Preisprüfungsstelle des Magistrats in den Tageszeitungen waren, werden von den Konsumenten trotzdem nicht verstanden. Wie ist es beispielsweise möglich, daß die größte hiesige Schuhfabrik in ihren Niederlagen für Herrenschuhwerke bereits Anfang November 177.50 Mk. forderte, während die Ware in gleicher Reichhaltigkeit in Geschäften von ebenso gutem Ruf noch jezt für 125 bis 135 Mk. verkauft wird? Eine Bekämpfung der Ursachen in den Schuhfabriken der verschiedenen Schuhwarenhandlungen wird die Angabe bedürftig. Allerdings gibt die bezeichnete Fabrik die über noch mehr gehobenen Preise ihrer Waren — wahrscheinlich um die berechtigte Erprobung des Substitums nicht noch mehr zu steigern — in den Schuhfabriken nicht bekannt. Zu berücksichtigen ist dabei noch, daß die Schuhgeschäfte ihre Waren aus zweiter, oft sogar aus dritter Hand beziehen, während die hiesige Fabrik ihre Produkte unmittelbar an den Käufer abgibt. Es ist doch nicht anzunehmen, daß diese Fabrik die Hochpreise teuer einkauft, als alle übrigen Schuhwerkhersteller. Wie entstehen also diese fabelhaften Preise? Trotzdem wird jedoch noch nicht genügend vertrieben, denn die Fabrik führt, wie kürzlich bekannt geworden, ihre Ware wiederum zu dem noch höherrangigen Preise von 700 Mark pro Paar Schuhe ins Ausland aus. Hier scheint in geradezu aufreißender Weise auf die Wiederholung der im Sommer in Erscheinung getretenen Selbsthilfe der Verbraucher hingearbeitet zu werden. Allerdings sind die damaligen „Schäden“ durch die unverhältnißmäßigen Preise längst mehrfach wieder wett gemacht — Was sagt hierzu die Preisprüfungsstelle?

Wieder 6 Jahre Knasthaus für Straßensraub. Am 14. November, abends gegen 5 Uhr, ging die verurteilte Fabrikbesitzerin Wachsman die Korsostraße in Carlswig entlang. Dabei wurde ihr von drei jungen Burschen blühend die Handtasche entziffen, woraus diese ebenjoch schnell verschwand. In der Handtasche befand sich außer 350 Mark ein Schein über 639 Mark. Dieser wurde dem Räuber, dem 23 Jahre alten Keller August Schilling zum Verräter als er seinen Freund damit zur Dresdener Dank schied, der aber der Ueberfall bereits bekannt war und deshalb seine Verhaftung veranlaßte. Am Dienstag fand Sch. vor dem außerordentlichen Kriegsgericht, um sich wegen Straßensraub zu verantworten. Seine beiden Begleiter will er nicht kennen. Das Gericht fand auf dem Standpunkt, daß im Interesse der öffentlichen Sicherheit hier strenge Strafen verhängt werden müssen. Sch., der nur einmal vorbestraft ist, wurde zu 6 Jahren Knasthaus und 6 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Die Abteilung für Personalien des Hauptbureaus des Magistrats wird am 6. Dezember 1919 von Altkämmerer 14, I. Stock, nach Elisabethstraße 10/12, II. Stock, Zimmer 38/47, verlegt. Die Amtsstelle bleibt an diesem Tage für den Verkehr geschlossen.

Breslau (Land) - Neumarkt.

Landarbeiter, die Augen auf!

Der Hund der Landwirte erscheint wieder auf der Bildfläche. In aller Stille und von Mund zu Mund war für Dienstag, den 25. 11., in Polnisch-Belitz eine Verammlung organisiert. Aber die Arbeiterschaft war auf dem Posten. Herr Neumann vom Hund der Landwirte war extra aus Berlin gekommen, um die Politik des Bundes zu verteidigen und für Aufhebung der Zwangsverpflichtung einzustehen. Dem Genossen Ruwisch, der von Breslau erschienen war, sollte ein Eingreifen unumgänglich gemacht werden. Doch wurde ihm von der Versammlung unbeschränkte Freizügigkeit ausgedrückt.

Rundfunk gina der sozialdemokratische Redner auf die politischen Ausführungen des Referenten ein und pflichtete ihm darin bei, daß das ganze vorige Regierungskabinett nichts getauft habe, nur die Sozialdemokratie aus anderen Gesichtspunkten wie der Hund der Landwirte zu dieser Ueberzeugung gekommen. Das Schwergewicht seiner Ausführungen aber lagte Genosse Ruwisch auf den Teil der bündelweisen Rede, die den Verammlungsteilnehmern die Aufhebung der Zwangsverpflichtung schmackhaft machen sollte. Hier wurde den Herren ein Stundenregister der Augen gehalten, wie sie es in dieser ihrer Meinung nach so fein organisierten Voranmeldung wohl nicht erwarten konnten. So unklarlich wurde das Material des Bündlers gerippt, daß ihm die Luft zu einer sachlichen Erwiderung vollkommen vergangen war und er in seinem Schlusswort nur noch behaupten konnte, die Lebensmittel würden nur durch die Städte vertrieben, denn Breslau bezahle z. B. 2.50 Mk. für das Ankleben eines Hennes Kartoffeln. Durch vornehme Schicklichkeit schickte sich der konservative Herr v. Lemski heraus, aus Mühseligkeit pflichtete er den Ausführungen des sozialdemokratischen Redners bei und erklärte, daß auch er diese Treiben seiner Ständes- und Berufsstellen, wie es hier geschähe und mit Material belegt worden sei, durchaus verurteile. Wir möchten Herrn v. Lemski nur bitten, nicht auf halbem Wege stehen zu bleiben und zu verstanden, seine anständigen Meinung auf seine Ständes- und Berufsstellen zu übertragen. Teile Verammlung des Bundes der Landwirte endete damit, daß eine Menge Mitglieder für die sozialdemokratische Partei, eine Anzahl Volkswachtler und neue Mitglieder für den deutschen Landarbeiterverband gewonnen wurden. Die Arbeiterschaft des Landkreises wird auf daran tun, was ihm zu sein, damit diesen Herren überall die gebührende Antwort zuteil wird, wenn sie auftreten sollten.

Schleifen und Böden.

Soll der Arbeiter der Einwohner-Wehr beitreten?

Zeit längerer Zeit beschäftigt sich die Arbeiterschaft mit der Frage: Beitritt zur Einwohnerwehr oder nicht. Von jeher hat der Arbeiter ein berechtigtes Mißtrauen gegen jede Art von Militarismus, und der Arbeiter sieht diese Einwohnerwehren als ein Stück verkappten Militarismus an. Ist das richtig? Nein! Warum sind die Einwohnerwehren gegründet und was wollen sie?

Durch den Krieg ist unser gesamtes Wirtschaftsleben zusammengebrochen, überall fehlt es an dem allernotwendigsten. Dessen ungeachtet hat sich eine Typen von Menschen herausgebildet, die sich nicht scheuen, die Not des Volkes für ihre erbärmlichen Zweck zu mißbrauchen. Schieber, Schleimhändler, Buhener und Spitzbuben treiben ihr unaufrichtiges Werk. Der arme Mann hat sich mit vieler Mühe und Not ein Schwein, ein paar Hühner, eine Ziege zugelegt, ein paar Kartoffeln eingemerket. In einer Nacht ist sein so beschriebenes Eigentum weg. Mühseligste Spitzbuben haben es sich angeeignet, um es an Schieber und Schleimhändler zu verkaufen. Mancher arme Teufel muß noch froh sein, daß er bei dem unerwünschten Besuch nicht noch schmerzlichen Schaden an Gesundheit und Leben davonträgt. Was das sein? Sollen Sie Euch schänden, damit Einbrecher und Gauner Euer geringes Eigentum Euch rauben und es vermögenden Schiebern und Schleimhändlern in die Hände spielen? Was habt Ihr bisher dagegen getan? Vielleicht habt auch Ihr Euch hingestellt und geschimpft über die Regierung, die Euer geringes Eigentum nicht

schützte. Alle jezt Ihr aber einig, daß es so nicht weiter gehen kann. Ruhe und Ordnung müssen auch bei uns wieder einkehren. Möglich ist, das aber nur, wenn jeder Hand an den Werk legt. Und deswegen, lieber Freund, siehe nicht abwärts und greife selber mit an. Und Du hast ein Mittel zur Hand, indem Du Dich noch heute zur Einwohnerwehr meldest.

Nicht Feindlicher militärischer Strafmarsch oder engherziger Dikt soll in der Einwohnerwehr geschrieben werden, sondern die Einwohnerwehr soll Leben und Eigentum der Bevölkerung schützen. Lange genug hat die Arbeiterschaft abseits gestanden. Wehren sind gegründet worden, aber sie sind alles andere als Einwohnerwehren. Nicht künftige, engherzige Interessenpolitik einzelner Kreise sind der Zweck der Einwohnerwehren, durch das Führen der Arbeiterschaft ermutigt, hat man besonders auf dem flachen Lande systematisch die Arbeiter aus den Wehren ausgeschlossen. Wir fordern grundsätzliche Umbildung der heutigen Wehren in wirkliche Einwohnerwehren, unter ganz besonderer Berücksichtigung der Arbeiterschaft, so wie die Bestimmung der Regierung vorliegt. Selbstgewählte Führer, die das Vertrauen der Mehrheit der Mitglieder besitzen, ohne besondere Berücksichtigung des früheren Rangverhältnisses, sollen den Einwohnerwehren vorstehen.

Nur! Aufführung über alle, die Arbeiterschaft über die Einwohnerwehr interessierenden Fragen erteilen: das Bezirks-Sekretariat in Breslau, Margarethenstraße 17, Zimmer 12, das Parteisekretariat in Breslau-Land-Neumarkt, Breslau, Margarethenstraße 17, Zimmer 18; das Parteisekretariat in Briesg, Doppelstraße 12; das Parteisekretariat in Neisse, Berlinerstraße 9; das Parteisekretariat in Oels, Gr.-Bartenbergstraße 6 und das Parteisekretariat in Wohlau, Ring 15 II.

Die Bestimmungen der Regierung vom 15. 9. 19 über die Einwohnerwehren sind so gehalten, daß Jeder, der gewillt ist, für Ruhe und Ordnung einzutreten, Leben und Eigentum der Volksgenossen zu schützen, den gewalttätigen Umsturz der parlamentarisch-demokratischen Regierungsform zu verhindern, in die Einwohnerwehren eintreten muß.

Auf denn, Arbeiterschaft, hinweg mit allem Jögern! Steuere in die Einwohnerwehren.

Sozialdemokratisches Bezirks-Sekretariat für Mittelschlesien. G. Schölich.

Sträbel. In gut besuchter öffentlicher Versammlung sprach am 29. November Genosse Benter aus Breslau über die „weltliche Schule“. Der Referent beantwortete zunächst die Frage aus welchen Gründen die weltliche Schule Programmpunkt der Sozialdemokratie wurde und hob besonders hervor, daß die weltliche Schule im bewußten Gegensatz zur konfessionellen Schule stehe. Die Volksschule müsse endlich einmal selbständig und von der Kirche unabhängig werden, damit der Befreiungssatz erfüllt werde, „Die Wissenschaft und ihre Lehre sind frei“. Nur so können wir zur Einheitschule kommen.

In der Aussprache teilten die Erziehungsberedigten die Hoffnung, daß möglichst bald auch für Sträbel-Gorkau die konfessionellen Gewerkschulen mit den andern in der Provinz in konfessionellen Schulen zu einer einheitlichen großen Simultanschule vereinigt werden. Lebensfalls werden die Genossen geschlossen für die Simultanschule eintreten.

Suhran. Aus der Partei. Der erste von der Sozialdemokratischen Partei eingereichte Diskussionsabend fand am Dienstag, den 23. November, im Lokal von Wegner, Steinweg 46 statt. Genosse Guck wies an der Hand von Angaben des Statistischen Jahrbuches für 1913 nach, daß 91 % der Bevölkerung Preußens schon vor dem Kriege nach dem Mangel litt. In der Diskussion wurde das Wesen der kapitalistischen Wirtschaft beleuchtet und festgestellt, daß alles Elend der Arbeiterklasse nur eine Folge der kapitalistischen Lage ist. Die Beteiligung war eine gute und wir wünschen, daß sie noch reger wird. Die Diskussionsabende finden jeden Dienstag, abends 8 Uhr, im Vereinslokal bei Wegner statt, und wird hier allen Genossen Gelegenheit gegeben, sich in sozialistischen und volkswirtschaftlichen Angelegenheiten vorzubilden und durch gegenseitige Aussprache die Mängel in der Allgemeinbildung des Proletariats auszugleichen. — Ein Arbeitergefangenenverein hat sich hier ge-

gründet. Aufnahmen finden an den Abenden im Vereinslokal bei Wegner, Steinweg 46, statt.

Mogau. Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verband. In einer großen Kundgebung gestaltete sich die gestrige Mitgliederversammlung. Nach dem Vortrage des Sektionsleiters Witzschel über den Achtundtag in den Betrieben der Frankens-, Pflege- und Badeanstalten, nahm die Versammlung folgende Entschliessung an: „Die am 1. Dezember in den Wärsenfelden von über 450 Personen besuchte Versammlung des Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verbandes, Ortsgruppe Mogau, stellt fest, daß durch die Verordnung vom 23. November 1918 und die dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen die achtstündige Arbeitszeit für das Personal der Krankenhäuser und Lazarette fast ausnahmslos gesehlich festgelegt ist. Die Versammlung erhebt einmütig Einspruch gegen die von den Anstaltsleitungen (öffentlichen und gemeinnützigen Anstalten) in der Konferenz am 23. September 1919 im Reichsarbeitsministerium erhobene Forderung auf Beibehaltung dieses Standes. Die Versammlung verlangt vielmehr, daß die noch bestehenden Ausnahmebestimmungen für das Personal der gemeinnützigen Anstalten und Lazarette umgehend beseitigt und der Achtundtag auch für dieses Personal gesehlich festgelegt wird. Nur in der Erfüllung dieser Forderung sehen die Versammelten die Möglichkeit, die von den gesehlichen Vorkerkhalten auch von der preussischen Reichsministerial-Abteilung anerkannten Mißstände in der sozialen Lage des Personals, besonders aber den unangenehmen Gesundheitszustand und die ungewöhnlich hohe Sterblichkeit des Pflegepersonals gründlich zu beseitigen. Die Versammlung erwartet deshalb, daß die dem Reichsministerium übermittelten Änderungsanträge zu dem ausgearbeiteten Gesetzentwurf in vollem Umfang Berücksichtigung finden und fordern die sofortige Einberufung der Kommission zur Vorbereitung des Gesetzentwurfs. Ortsbeamter Rudat machte auf die Veranstaltungen der Volkshochschule aufmerksam, empfahl den zahlreichem Besuch der Vorträge und Kurse, fernher auf die Vereinsabende der Arbeiterjugend, die jeden Mittwoch im Schilleraal stattfinden. Nach Beantwortung und Erläuterung verschiedener Fragen, wie Arbeitslosen-Unterstützung, Beschäftigungsbeihilfe, Organisationsangelegenheiten erfolgte Schluß der sachlich verlaufenen Versammlung.

Ein neues Weihnachtbuch!

Soeben erscheint in unserem Verlage: **Priester der Kali** Ein indischer Roman von J. Leutz. Geschenkausgabe in acht Inbapapier gebunden M. 13.50.

Nach Indien fährt uns der Roman, nach dem sonnenbeschienenen Märchenlande von 1001 Nacht, mit seinen unburchlinglichen Geheimnissen und Mysterien, dem Lande, in welchem die Lehre von der qualvollen Lage dieses Lebens und der Seligkeit des Nirwana geboren wurde. **Kali** — die indische Todesgöttin — die große Kriegerin — deren oberstes Geheiß befehligt: „Alles, was ihr liebt, sollt ihr töten“ ist der Dämon, der gerhend in das Leben von vier Menschen greift und Härter ist als all das verwehete Anderswollen, bis das Leben, das bejahende leuchtende Leben endgültig diese furchtbare Nacht bricht.

Vogler & Co., Berlin W. 9, Adthener Str. 27. Abtg. 20.

Gold und Silber sowie **kunst Paul Alter, Kupferschloßestr. 17.**

Ehemalige Kriegsgefangene
Lohnt alle zu unserer 30562
Mittelder-Versammlung
am Freitag, den 5. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im großen Saale des Konzerthauses.
Reichsvereinigung
chem. Kriegsgefangener e. B.
Internationales deutsches Nationaler jüdischer Frauen-Ortsgruppe Breslau.
Sonntag, den 7. Dezember, vormittags 11 1/2 Uhr, im gr. Saal der Hermannsloge, Museumspl.:
Öffentl. Versammlung.
Redner:
1. Sybilla Dr. Holländer-Berlin [30505]
„Die Not der Welt.“
2. Justizrat Broditz-Berlin, stellvert. Vorsitzender des Hauptverbandes:
„Unsere Wiederarbeit.“
Freie Saalnummer.
1. B. 2.

Herren-
Anzüge, Ulster, Paletots
nach Maß.
Reichhaltiges Stofflager
Wenden
and Umarbeiten von getragener Herren-Garderobe.
Militär-Mäntel u. Decken
werden in eleganten Paletots, Sportulstern usw. umgearbeitet. — Stoffe werden zur Verarbeitung angenommen. — Sorgfältige Verarbeitung in eleganten Werkstätten bei solider Preisrechnung, da keine Ladenspeere. Persönliche Bedienung. Eilige Bestellungen innerhalb 5 Tagen.
Gebr. Bengel, Hauptkass. 13, 1. Etage, Breslaustr.
Achtung!!
Ober-schlesische Schiffsalufunde!
24 Seiten
Preis 20 Pf.
Buchhandlung „Volkswacht“
Modernes Antiquariat
Neue Gruppenfrage Nr. 5.

Batterien
Carbid
Carbid-Hauslampen
Tascherlampen
Mundharmonikas
Sprechmaschinen
Narscheermaschinen
Mäntel, Schlüchhe
Schlauchreifen
erste auch in Draht
1 1/2, 1, 1/2, und 1/4
mit dazu gehörig. Feigen
Verkauf nur an
Kataloge umz. u. postfr.
Händler
Großhandlung
Arthur v. Lebinski
Breslau 2,
Behrersstraße 1/3,
5 Minut. v. Hauptbahn.
Wer bar Geld braucht
Ihre bar Geld braucht
Ihre bar Geld braucht
Ihre bar Geld braucht

Hals- und Lungenleiden
aller Art, wie Kehlkopf, tuberkulösen Entzündungen, Asthma usw., erliegen, die zahlreich Mittelungen von Ärzten, Apothekern und Redenden einwandfrei bewiesen, unsere
Rotolin-Pillen
in jahrelanger Praxis — vorzügliche Erfolge.
Rusten, Verschleimung, Auswurf,
Nachschweiß, Stiche im Rücken u. Brustschmerz können mit Appetit und Körpergewicht haben sich rasch; allgemeines Wohlbefinden kehrt sich ein. — Erschüttert die Schachtel zu 8. — 20. in allen Apotheken; wenn nicht vorräthig, wird bereit von uns durch unsere Versandpost.
Ausführliche Prospekt ist kostenlos durch:
Poetz & Cie., Berlin SW. 68.
Der wahre Jakob
Sozialdemokratisches Witzblatt
kostet 30 Pf. die Nummer
Volkswacht - Buchhandlung.

